

Herr Beat Jans
Bundesrat
Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bundeshaus West
3003 Bern

Bern, 28. November 2024

Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz
Monbijoustrasse 61
CH-3007 Bern

031 301 90 50
info@smv-asloca-asi.ch
mieterverband.ch

Herr Guy Parmelin
Bundesrat
Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung
und Forschung (WBF)
Bundeshaus Ost
3003 Bern

Konzept für Begleitmassnahmen zur Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)»

Sehr geehrte Herren Bundesräte

Im Mai 2024 hat die SVP ihre Volksinitiative „Keine 10-Millionen-Schweiz!“ eingereicht. Diese Initiative zielt darauf ab, die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz bis 2050 auf zehn Millionen Personen zu begrenzen. Sie sieht für den Fall, dass die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner bis zu diesem Zeitpunkt neun Millionen überschreitet, die Kündigung des Freizügigkeits-Abkommens zwischen der Schweiz und der Europäischen Union vor.

Im Juni 2024 beschloss der Bundesrat, diese Initiative ohne Gegenentwurf abzulehnen, beauftragte jedoch das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) in Zusammenarbeit mit anderen Departementen ein Konzept für Begleitmassnahmen zu erarbeiten. Am 20. November 2024 unterbreitete der Justizminister dem Bundesrat einen Vorschlag, über den in den Medien berichtet wurde. Im Bereich des Wohnungswesens sind als Massnahmen eine verstärkte Wohnförderung durch den Bund sowie eine nationale Formularpflicht vorgesehen.

Die SVP begründet ihre Initiative unter anderem mit der Wohnungsnot und dem allgemeinen Anstieg der Mietpreise, die sie auf eine übermässige Zuwanderung zurückführt. Der Mieterinnen- und Mieterverband MV widerspricht dieser Argumentation entschieden. Beide Phänomene sind das Ergebnis der von der Immobilien-Lobby durchgesetzten Politik der maximalen Rendite. Diese Politik steigert die Rendite der Immobilien-Besitzenden und setzt Mietende einer völlig überflüssigen, volkswirtschaftlich schädlichen und ungerechten Preisspirale aus.

Der MV ist der dezidierten Ansicht, dass ein Massnahmenplan zwingend durch die folgenden Massnahmen ergänzt werden muss, um einen substanziellen Einfluss auf die Situation auf dem Wohnungsmarkt zu haben und damit hoffentlich den Ausgang der Volksabstimmung zu beeinflussen:

1. Beschränkung der Methode zur Festlegung von Mieten auf die Methode der Kostenmiete

Der Grundsatz der Kostenmiete in der Verfassung muss für den Bundesrat eine Priorität sein.

2. Staatliche Überprüfung der Mieten

Einführung einer automatischen und regelmässigen staatlichen Überprüfung der Mieten, um für die gesamte Bevölkerung den Zugang zu qualitativ hochwertigem und bezahlbarem Wohnraum zu gewährleisten.

3. Reaktivierung der Direktdarlehen für den preisgünstigen Wohnungsbau

Der Bund vergibt seit 2003 keine Direktdarlehen für den Bau und die Renovierung von preisgünstigem Wohnraum mehr. Diese Darlehen sind jedoch im WFG vorgesehen. Der MV fordert ihre Reaktivierung, damit in der Schweiz genügend preisgünstige Wohnungen zur Verfügung stehen.

4. Vorkaufsrecht für Gemeinden

Damit die Gemeinden und Kantone den Bau von preisgünstigen Wohnungen priorisieren und ihre Aufgaben im öffentlichen Interesse erfüllen können, ist es unerlässlich, ein Vorkaufsrecht zu ihren Gunsten einzuführen. Der MV fordert den Bundesrat auf, die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, um dieses Instrument umzusetzen.

Der Mieterinnen- und Mieterverband steht Ihnen gerne für weitere Informationen oder Rückfragen zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Mieterinnen- und Mieterverband Schweiz



Carlo Sommaruga, Präsident



Linda Rosenkranz, Generalsekretärin